

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 39.

Paderborn, 31. März

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. **Die auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellung auf das II. Quartal baldigst zu erneuern, damit die Zusendung keine Unterbrechung erleidet.**

Wir machen darauf aufmerksam, daß hier noch zwei andere Blätter unter ähnlichem Titel erscheinen, (Paderborner Volksbote und Westphälisches Volksblatt) weshalb man, damit Verwechslungen verhütet werden, bei der Bestellung das Paderborner Volksblatt genau bezeichnen wolle.

Uebersicht.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Deutschland. Frankfurt (Die Erblichkeit der deutschen Kaiserwürde und das suspensive Veto angenommen); Berlin (Kammervorhandlungen; Gerichte über eine Verlängerung des dän. Waffenstillstandes; das Staats-Haushalts-Gesetz; Reibungen mit den Constablern; Kinkel); Altona (Truppenbewegungen; das Erscheinen dän. Kriegsschiffe); Kiel (Befürchtungen); Bremen (die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 15. April soll gewiß sein).

Italien. Turin (die sardinische Armee; General Czarnowski); Rom (neues Gerücht von einer Intervention; Zustände in der Romagna).

Ungarn. (Vom Kriegsschauplatz).

Neueste Nachrichten.

R. Paderborn, 30. März 1849.

Grundrechte des deutschen Volkes.

Artikel VI.

Unterricht und Erziehung.

§. 22. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§. 23. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats, und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher entzogen.

§. 24. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und an solchen Unterricht zu erteilen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat.

Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung.

§. 25. Für die Bildung der deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden.

Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflēgbefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist.

§. 26. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener.

Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der Geprüften die Lehrer der Volksschulen an.

§. 27. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt.

Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.

§. 28. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

Das Unterrichts- und Erziehungswesen ist für Kirche und Staat gleich wichtig; denn was aus der Jugend durch Erziehung und Unterricht gemacht wird, das ist das künftige Volk in seiner sittlichen, religiösen und politischen Bildung.

Darum hat der Reichstag dem Unterrichts- und Erziehungswesen in den Grundrechten eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet und die Oberaufsicht darüber dem Saate, als der höchsten von ihm anerkannten Gewalt anvertraut.

Nach den Grundrechten soll der Staat für genügenden Unterricht der Jugend durch öffentliche Schulen sorgen. Um den armen und wenig bemittelten Bürgern die Benutzung der Volksschule in keiner Weise zu erschweren, soll für den Unterricht in der öffentlichen Volksschule kein Schulgeld gefordert werden. Selbst auf Universitäten, Gymnasien und andern höhern Unterrichtsanstalten soll den Unbemittelten freier Unterricht gewährt werden. Ob der Staat oder die Gemeinde die Kosten

der öffentlichen Volksschule tragen soll, ist in den Grundrechten nicht gesagt, und der Gesetzgebung der einzelnen deutschen Staaten überlassen.

Der Umfang und die Erfordernisse der durch die öffentlichen Schulen zu erzielenden Volksbildung sind in den Grundrechten gleichfalls unbestimmt geblieben. Unbedingt muß jeder deutsche Staat von seinen Bürgern diejenige geistige und sittliche Ausbildung fordern, welche die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte und die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten bedingt; auch müssen jedem Bürger zur Erlangung einer solchen Ausbildung die Mittel vom Staate gereicht werden. Hierin liegt der allgemeine Maßstab für den Umfang und die Erfordernisse des Unterrichts, welcher in der öffentlichen Volksschule zu erteilen ist. Die nähere Bestimmung des Volksunterrichts ist den von den einzelnen Staaten zu erlassenden Unterrichtsgesetzen vorbehalten.

Damit die Freiheit der Erziehung und des Unterrichts durch die Gesetzgebung der einzelnen Staaten nicht unnötiger Weise beschränkt werden soll, gestatten die Grundrechte jedem Deutschen, Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten zu gründen. Aus derselben Rücksicht ist angeordnet, daß Eltern und deren Stellvertreter nur dazu angehalten werden können, denjenigen Unterricht, welcher für die öffentliche Volksschule vom Staate vorgeschrieben ist, ihren Kindern und Pflēgbefohlenen erteilen zu lassen. Ein Zwang, die Kinder in die öffentliche Volksschule zu schicken, ist nicht statthaft. Die Eltern können ihren Kindern den nötigen Unterricht durch Privatlehranstalten geben lassen. — Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung. Daber kann von Hauslehrern, welche sich einzelne Bürger zur Unterrichtung ihrer Kinder halten, der Nachweis gehöriger Befähigung nicht erfordert werden. Wer aber an einer Schule oder Erziehungsanstalt, welche sich zur Benutzung des Publikums darbietet, Unterricht erteilen will, muß vorher seine genügende Befähigung dem Staate nachweisen.

Somit ist in Anerkennung, daß die Erziehung vorzüglich von der Familie ausgehen muß, den Eltern das natürliche Recht erhalten, ihren Kindern diejenige Erziehung und Ausbildung zu geben, welche nach ihrer individuellen Ansicht die beste ist. Eine spartanische Erziehung soll von keinem deutschen Staate eingeführt werden, da sie mit der wahren bürgerlichen Freiheit unvereinbar ist. Die Verhältnisse der Eltern und die Bestimmung der Kinder für einen besondern Lebensberuf machen oft schon von Haus aus eine besonders sorgfältige und umfassende Erziehung nötig. Die öffentliche Volksschule so zu organisiren, daß allen individuellen Verhältnissen und darauf beruhenden Anforderungen Genüge geleistet wird, ist eine Unmöglichkeit. In vielen Fällen würde nun der Zwang, die Kinder in die öffentliche Schule zu schicken, den guten Absichten der Eltern und der Wohlfahrt der Kinder hindernd in den Weg treten und die Erlangung einer umfassendern Ausbildung, als die Volksschule zu geben vermag, wenn nicht unmöglich gemacht, doch erschwert. Zugleich wird die vom Reichstage gewährte Freiheit eine vielseitige Volksbildung entwickeln lassen und eine wohlthätige Mannigfaltigkeit in den Erziehungsmethoden und Unterrichtsanstalten hervorrufen. Die verschiedenen Richtungen der Anforderungen, welche an die Jugend erziehung gemacht werden, und dann in der öffentlichen Volksschule nur theilweise genügt werden kann, werden sich in den verschiedenen ins Leben tretenden Privatunterrichtsanstalten lebendig aussprechen. Insbesondere werden Conventions- oder Kirchenschulen, katholische, protestantische und jüdische Schulen neben einander sich aufthuen. Den von der öffentlichen Volksschule ausgeschlossenen Kirchen wird auf diesem Wege Gelegenheit gegeben, die